

## **Sanktionen gegen Russland – Entwicklungen vom 9.-10. März**

(Stand: 10.03., 16:00 Uhr)

### **Inhalt:**

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionsbeschlüsse**
- 
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Meldungen zur ukrainischen Wirtschaft**
- **9. Hilfsaktionen**

## 1. Aktuelle Informationen / Deutschland

### OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neu haben wir für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir halten die Dokumente dann fortlaufend aktuell.

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:

Alena Akulich, [a.akulich@oa-ev.de](mailto:a.akulich@oa-ev.de), Tel: 030-206167129.

---

### Jobangebote für Flüchtlinge in den Nachbarländern der Ukraine

Der Ost-Ausschuss hat eine Koordinationsstelle eingerichtet, die dabei hilft, ukrainischen Flüchtlingen in Jobs bei deutschen Unternehmen in den ukrainischen Nachbarstaaten zu vermitteln. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, [a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de)

---

### GTAI-Sanktionsübersicht

[EU-Russland-Sanktionen | Special \(gtai.de\)](#)

---

### Finanzsanktionen

Die Deutsche Bank hat eine Informationsseite zur Lage in Osteuropa erstellt, auf der sie Fragen zu den aktuellen Finanzsanktionen beantwortet. Mehr Informationen finden Sie unter den folgenden Links:

[Lage in Osteuropa: Wichtige Informationen für Unternehmen – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

[Situation Russland-Ukraine: Auswirkungen auf Ihr Geschäft – Deutsche Bank \(deutsche-bank.de\)](#)

## **Bundeswirtschaftsministerium**

### **Habeck nach zweitem Treffen mit der Wirtschaft zum Thema Ukraine und Sanktionen**

Am 10. März fand bereits die zweite Abstimmungsrunde der größten deutschen Unternehmen und Verbände mit Wirtschaftsminister Habeck statt. Auch der Ost-Ausschuss war hier vertreten. Hier die Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums zum Treffen:

„Vizekanzler und Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Habeck hat heute in einem zweiten digitalen Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Wirtschaft über die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, die EU-Sanktionen sowie die Betroffenheit der Wirtschaft in Deutschland beraten. Im Mittelpunkt des heutigen Treffens standen die Folgen für die deutsche Wirtschaft, die Situation bei Rohstoffen und Lieferketten sowie Fragen der Energiesicherheit.

Minister Habeck sagte im Nachgang des digitalen Treffens: „Ein enger und kontinuierlicher Austausch mit der Wirtschaft ist in diesen Zeiten extrem wichtig. Ich danke den Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft erneut für die klare und einvernehmliche Unterstützung des EU-Sanktionspakets.“

Habeck betonte: „Wir sind uns einig: Es ist das Gebot der Stunde, uns aus der Abhängigkeit von fossilen Energien aus Russland zu befreien. Die Bundesregierung und die Wirtschaft tun alles, diese Importabhängigkeit Schritt für Schritt zu reduzieren. Wir diversifizieren die Importe, wir kaufen Gas, wir kümmern uns um Kohlevorräte, wir arbeiten an Partnerschaften mit anderen Ländern. Und wir treiben den Ausbau der Erneuerbaren Energien voran; er ist das A und O für eine günstige, unabhängige und sichere Energieversorgung. Wirtschaft und Bundesregierung ziehen an einem Strang, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten und uns wieder mehr Freiraum zu verschaffen. Genauso arbeiten wir daran, auch die Rohstoffversorgung auf eine breitere Basis zu stellen. All das sind extrem hohe Herausforderungen, die wir unter den Bedingungen der Realität bewerkstelligen müssen. Wir tun das mit gebündelter Kraft.“

Das BMWK wird den engen Austausch mit der Wirtschaft in der Krise kontinuierlich weiterführen, auf der Fachebene bis zur Leitungsebene. Ein erstes digitales Treffen der Wirtschaft mit Minister Habeck fand vor einer Woche am 3. März 2022 statt.

---

### **Zusammenfassung: Online-Austausch des Ost-Ausschuss Arbeitskreises Logistik&Verkehrsinfrastruktur am 10.3., 14:00-15:30 Uhr**

Kernaussagen:

- Transportprobleme: USA und GB haben Häfen für russische Schiffe geschlossen, die EU nicht. St. Petersburg wird aber wegen höherem Risiko nicht mehr angefahren. Flugverkehre werden um Russland herumgeleitet. Insgesamt gibt es aktuell noch mehr Störungen in ohnehin durch Pandemie schon gestörten Lieferketten.

- Grenzübergang Kuznica-Bruzgi zu Polen ist geschlossen. Weitere Schließungen werden nicht ausgeschlossen. Zusätzliche Kontrollmaßnahmen an den Grenzübergängen zu Litauen, Polen und Lettland sind angekündigt.

- Belarus ist nach internationalem Recht Co-Aggressor, weil es sein Territorium für Angriffe auf die Ukraine zur Verfügung gestellt hat. Deswegen sind Sanktionen juristisch berechtigt, auch wenn Belarus versichert, dass es nicht selbst in der Ukraine aktiv sind. Aktuell gibt es über 1.080 politische Gefangene in Belarus und weiterhin mehrere Tausend illegale Migranten, die in die EU-Einreise wollen.

Es gibt zudem einen starken Einfluss der russ. Sanktionen auf Belarus wegen enger Verknüpfung beider Länder. Eine Zahlungsunfähigkeit von Belarus ist nicht ausgeschlossen. Schnelle Abwertung des Belarussischen Rubels und Inflationsanstieg. Russland kann Kreditversprechen gegenüber Belarus womöglich nicht einhalten. Man muss mit einem Rückgang des Transitverkehrs durch Belarus rechnen. Der IT-Sektor wird nicht überleben: Unternehmer fliehen ins Ausland.

Schienenverkehr in/über Belarus und Russland (Seidenstraße) funktioniert weitgehend. Nachfrage nach Volumina ist zurückgegangen, aber zurzeit wird wieder etwas mehr gebucht. Russland-Verkehr wurde zu Beginn der Sanktionen teilweise eingestellt, inzwischen wird alles, was nicht sanktioniert ist, wieder transportiert. Bei weiteren Eskalationsstufen werden Staatsbahnen in Belarus und Russland vermutlich sanktioniert. Hätte man schon früher erwartet, wegen deren Rolle beim Militärtransport. Alternativrouten im Bahnverkehr rücken in den Fokus, z.B. über Türkei und Zentralasien. Ukraine wird wegen Risiko/Versicherung nicht angefahren.

Schiffsverkehr: Viele Reedereien vermeiden es, Russland anzulaufen, und stellen Container „in der Nähe“ ab, z.B. in Tallinn.

Straßenverkehr: Belieferung russischer Spediteure in Deutschland (Sammeltransport) wird von anderen Spediteuren teilweise eingestellt wegen Angst vor Sanktionen. Problem, auch nicht sanktionierte Güter nach Russland zu transportieren.

Fahrermangel trägt zu rückläufigen Kapazitäten bei. Russische Fahrer werden in Polen angeblich angegriffen

Laufzeit zwischen Deutschland und Russland auf der Straße beträgt 5-7 Tage. Grenzen sind offen, aber Kontrollen sind intensiver und dauern länger. Europäische Fahrer wollen nicht nach Russland fahren.

-----

## **BGA-Umfrage zum Russland-Konflikt**

### **Unternehmen unterstützen Regierungskurs, fordern mutiges Handeln der Politik**

Berlin (ots) „Die Unternehmen halten Linie und unterstützen den Kurs der Bundesregierung bei den Sanktionen gegen Russland. Jetzt muss die Politik ihre Hausaufgaben machen: Es braucht mutige Entscheidungen, um die Unternehmen zu entlasten. Unternehmen benötigen eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Wir brauchen aber auch endlich wirksamen Bürokratieabbau und eine Beschleunigung bei den Genehmigungsverfahren. Investiert werden muss auch in die Infrastruktur. Wir müssen schneller, moderner und digitaler werden“, erklärt Dr. Dirk Jandura. Der Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) bezieht sich dabei auf die Ergebnisse einer heute in Berlin vorgestellten BGA-Unternehmerumfrage.

Jandura weiter: "Die aktuellen Sanktionen zeigen auch bei uns ihre Wirkung. Knapp ein Drittel der Groß- und Außenhändler sind von den Maßnahmen betroffen. Und dennoch sind die Sanktionen richtig. Das zeigt sich in einer über 90-prozentigen Unterstützung der Maßnahmen bei den Unternehmen des Groß- und Außenhandels."

"Die Folgen der Corona-Pandemie sind noch nicht überwunden. Durch den Krieg und die verhängten Sanktionen verlangsamt sich die wirtschaftliche Erholung in Deutschland weiter. Neben den erschwerten Beschaffungswegen belasten vor allem die deutlichen Preissteigerungen im Energiesektor unsere Unternehmen", so Jandura zu den Ergebnissen der BGA-Umfrage.

Der BGA hatte nach den wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Konfliktes gefragt. Dabei erwarten 62% der befragten Unternehmen eine Verlangsamung, weitere 32% befürchten eine Unterbrechung der wirtschaftlichen Erholung. Sorgen machen den Unternehmen die Energiepreise und die Lieferketten: 55% sehen Steigerungen der Energiekosten und 47% die Neuausrichtung der Beschaffungswege als die größten anstehenden Belastungen. Dabei sind die Erwartungen an die Politik klar: 83% erwarten eine Sicherung der Energieversorgung. Die Forderungen nach Entbürokratisierung und Beschleunigung von Verfahren (65%), sowie einem beschleunigten Ausbau von Verkehrs- und Digitalinfrastruktur (48%) bleiben aktuell.

Hier finden Sie weitere BGA-Informationen zur Russland-Krise:

[BGA: Start](#)

-----

taz

[Agrar-Dialog mit Russland ausgesetzt: Ministerium stoppt Putin-Freund - taz.de](#)

BERLIN taz | Das Landwirtschaftsministerium entzieht wegen des Ukrainekriegs dem Agrarindustriellen und Putin-Unterstützer Stefan Dürr den Auftrag, Kontakte zu russischen Fachpolitikern zu organisieren. „Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat entschieden, der Durchführungsgesellschaft Ekosem-Agrar zum nächstmöglichen Zeitpunkt – d. h. zu Ende April – kündigen zu lassen“, schrieb eine Sprecherin der von den

Grünen geführten Behörde der taz. Das Projekt „[Deutsch-Russischer Agrarpolitischer Dialog](#)“ werde „bis auf weiteres“ ausgesetzt.

## 2. Terminübersicht

### **11. März: Briefing des Ost-Ausschuss Arbeitskreises Ukraine am 11. März, 10:00 - 11:00 Uhr**

Für den 11. März 2022 von 10:00 bis 11:00 Uhr laden wir interessierte Unternehmen zu einem Briefing zur aktuellen Lage der ukrainischen Wirtschaft und Unternehmen im Land ein. Dazu konnten wir unter anderem Dmytro Los gewinnen, Vorsitzender der Geschäftsführung der Ukrainian Business and Trade Association und Wirtschaftsberater der Stellvertretenden Vize-Premierministerin der Ukraine, Olha Stefanyschina.

Wir möchten die Veranstaltung auch dazu nutzen, um konkrete Petita zu sammeln, die in der Ukraine aktive Unternehmen aktuell beschäftigen, um diese an die Bundesregierung adressieren zu können.

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Bei Interesse melden Sie sich gerne bei Stefan Kägebein, [S.Kaegebein@oa-ev.de](mailto:S.Kaegebein@oa-ev.de)

-----

### **11. März: Online-Briefing zum Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, 13:00 – 14:30 Uhr**

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland des Ost-Ausschusses möchten Sie aus gegebenem Anlass zu einer Online-Veranstaltung via Teams zum Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Freitag, 11. März 2022, 13:00 - 14:30 Uhr MEZ einladen.

Das Programm der Veranstaltung finden Sie [hier](#). Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Die Veranstaltung richtet sich in erster Linie an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Für Fragen zur Veranstaltung wenden Sie sich bitte an Dr. Christiane Schuchart ([c.schuchart@oa-ev.de](mailto:c.schuchart@oa-ev.de)) oder Jens Böhlmann ([j.boehlmann@oa-ev.de](mailto:j.boehlmann@oa-ev.de)).

-----

### **15. März: Online-Briefing des Ost-Ausschuss Arbeitskreises Zentralasien, 9:00 – 10:30 Uhr**

Hiermit möchten wir Sie gerne an die Einladung zu unserer virtuellen Sitzung des Arbeitskreises Zentralasien im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft erinnern. Diese Online-Sitzung findet am 15. März 2022 von 09:00 Uhr bis 10:30 Uhr statt.

Aus gegebenem Anlass wollen wir im Rahmen unserer Sitzung den Fokus neben den Januar-Ereignissen in Kasachstan, auch auf die derzeitige Situation in der Ukraine und die möglichen Auswirkungen der Russland-Sanktionen auf Zentralasien legen. Hierzu werden Botschafterin Monika Iwersen und der Delegierte der Deutschen Wirtschaft in Zentralasien Hovsep Voskanyan Impulse liefern. Wie gewohnt werden Sie auch die Gelegenheit haben, sich mit Vertretern der Bundesregierung und den Unternehmenskollegen und -kolleginnen zur aktuellen Lage auszutauschen.

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Bei Interesse melden Sie sich gerne bei Eduard Kinsbruner, E.Kinsbruner@oa-ev.de

-----

### **16. März: Online-Briefing zu DECKUNGSPRAXIS IN RUSSLAND UND BELARUS von 08:30 - 09:30 UHR**

Bis auf weiteres findet jeden Mittwoch ein Online-Update über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und der Ukraine und den Auswirkungen auf die Deckungspraxis statt, mit Experten von Euler Hermes und dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Fragen wenden Sie sich an die Hotline +49 (0)40 / 8834 - 9000 oder per E-Mail an.

Anmeldung:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informieren Sie sich am besten über diesen Newsletter: [Hermesdeckungen: Newsletter abonnieren - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

-----

### **16. März: Briefing zu den Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine auf die Wirtschaft von AA, BMWK, BAFA und BMF, 11:30 – 13:00 Uhr**

Seit dem 2. März bieten Auswärtiges Amt, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesfinanzministerium immer mittwochs von 11:30 – 13:00 Uhr ein aktuelles Briefing zur den wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine und den Auswirkungen von Sanktionen an. Anmeldung und Informationen bei: Caren Brinkmann, [402-s@auswaertiges-amt.de](mailto:402-s@auswaertiges-amt.de)

-----



## Russland und der Westen

### Zeitenwende

### Wie umgehen mit einem repressiven und konfrontativen Russland?

24. März 2022, 19:00 - 21:00 MEZ

[Anmelden](#)

Einleitung: **Michail Chodorkowski**

Grundsatzrede: **Annalena Baerbock**, Bundesaußenministerin (tbc)

Diskussion:

- **Michael Roth**, MdB, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, SPD
- **Roderich Kiesewetter**, MdB, Sprecher für Krisenprävention, CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- **Marie-Agnes Strack-Zimmermann**, MdB, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, FDP
- **Agnieszka Brugger**, MdB, Stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Moderation: **Ralf Fücks**, Zentrum Liberale Moderne

Perspektivwechsel: Gespräch mit

- Botschafter **Daniel Fried**, Atlantic Council
- **Pavlo Klimkin**, ehem. Außenminister der Ukraine (tbc).

Moderation: Botschafter **Boris Ruge**, stellv. Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz.

Die Diskussion wird simultan ins Englische, Russische und Deutsche übersetzt.

Bei Rückfragen, wenden Sie sich bitte an [events@libmod.de](mailto:events@libmod.de)



### 3. EU-Sanktionsbeschlüsse (Entwicklung seit dem 9. März)

Die EU-Länder haben sich am Mittwoch auf neue Personensanktionen gegen Russland geeinigt. Sanktioniert wurden 14 weitere Personen aus der russischen Wirtschaftselite, sowie 146 Personen des Russischen Föderationsrats, vergleichbar mit dem deutschen Bundesrat. Betroffen sind nun auch der Formel-1-Rennfahrer Nikita Masepin und Aeroflot-Chef Michail Polubojarinow. Ebenfalls betroffen sind der Schwiegersohn von Außenminister Sergej Lawrow, Alexander Winokurov, sowie der Chef des Internetkonzerns VK Company Limited, Wladimir Kirijenko. VK Company Limited betreibt und kontrolliert den Angaben zufolge unter anderem die drei größten russischen Internetseiten für soziale Netzwerke: VKontakte, Odnoklassniki und Moi Mir. Allen Betroffenen wird eine direkte oder indirekte Unterstützung der Politik von Kremlchef Wladimir Putin vorgeworfen.

Personenliste:

[Publications Office \(europa.eu\)](https://publications-office.europa.eu)

Die Vermögenswerte der Personen in der EU werden eingefroren sowie Einreiseverbote in die EU ausgesprochen. Außerdem gibt es Ausfuhrverbote für den Schiffsverkehr und Maßnahmen gegen den Missbrauch von Kryptowährungen.

Zu den Sanktionen im Bereich der Schiffstransport nach Russland hier der betreffende Auszug aus dem am Mittwoch neu veröffentlichten EU-Amtsblatt:

Artikel 3f

....

(1) Es ist verboten, die in Anhang XVI aufgeführten Güter und Technologien der Seeschifffahrt mit und ohne Ursprung in der Union unmittelbar oder mittelbar an natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Russland, zur Verwendung in Russland oder zum Mitführen an Bord eines Schiffes unter russischer Flagge zu verkaufen, zu liefern, zu verbringen oder auszuführen.

(2) Es ist verboten, a) für natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Russland oder zur Verwendung in Russland unmittelbar oder mittelbar technische Hilfe, Vermittlungsdienste oder andere Dienste im Zusammenhang mit Gütern und Technologien nach Absatz 1 oder der Bereitstellung, Herstellung, Wartung und Verwendung dieser Güter oder Technologien zu erbringen;  
b) für natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen in Russland oder zur Verwendung in Russland unmittelbar oder mittelbar Finanzmittel oder Finanzhilfen im Zusammenhang mit Gütern und Technologien nach Absatz 1 für den Verkauf, die Lieferung, die Verbringung oder die Ausfuhr dieser Güter und Technologien oder für damit verbundene technische Hilfe, Vermittlungsdienste oder andere Dienste bereitzustellen.

(3) Die Verbote gemäß den Absätzen 1 und 2 gelten nicht für den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr der Güter und Technologien nach Absatz 1 oder die Bereitstellung von damit verbundener technischer Hilfe und Finanzhilfe für nichtmilitärische Zwecke und für nichtmilitärische Endnutzer, wenn die Güter und Technologien für

humanitäre Zwecke, gesundheitliche Notlagen, die dringende Abwendung oder Eindämmung eines Ereignisses, das voraussichtlich schwerwiegende und wesentliche Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit von Menschen oder die Umwelt haben wird, oder für die Bewältigung von Naturkatastrophen bestimmt sind.

(4) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 können die zuständigen Behörden den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder die Ausfuhr der Güter und Technologien nach Absatz 1 oder die Bereitstellung von damit verbundener technischer Hilfe und Finanzhilfe für nichtmilitärische Zwecke und für nichtmilitärische Endnutzer genehmigen, nachdem sie festgestellt haben, dass diese Güter oder Technologien oder die damit verbundene technische Hilfe oder Finanzhilfe für die maritime Sicherheit bestimmt sind.“

[Publications Office \(europa.eu\)](http://publications.office.europa.eu)

-----

### **EU-Sanktionen gegen Belarus**

Auch Belarus ist von weiteren Maßnahmen betroffen. So werden drei belarussische Banken aus dem Zahlungssystem SWIFT ausgeschlossen und die belarussische Zentralbank sanktioniert.

In der Presseerklärung der EU-Kommission heißt es konkret:

„Mit den neuen Maßnahmen werden insbesondere restriktive Maßnahmen gegen 160 Personen verhängt und die Verordnung (EG) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und die Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über Russlands Maßnahmen zur Destabilisierung der Lage in der Ukraine geändert. Diese Änderungen bewirken eine stärkere Angleichung der EU-Sanktionen gegen Russland und Weißrussland und werden dazu beitragen, noch wirksamer sicherzustellen, dass die russischen Sanktionen nicht umgangen werden können, auch nicht durch Weißrussland.

Für Weißrussland führen die Maßnahmen SWIFT-Verbote ein, die denen der Russland-Sanktionen ähneln, stellen klar, dass Krypto-Vermögenswerte unter den Begriff "übertragbare Wertpapiere" fallen, und erweitern die bestehenden Finanzbeschränkungen, indem sie die bereits bestehenden Maßnahmen zu den Russland-Sanktionen widerspiegeln.

Die vereinbarten Maßnahmen sehen insbesondere Folgendes vor:

Einschränkung der Bereitstellung von SWIFT-Diensten für die Belagroprombank, die Bank Dababyt und die Entwicklungsbank der Republik Belarus sowie deren belarussische Tochtergesellschaften.

Verbot von Transaktionen mit der belarussischen Zentralbank im Zusammenhang mit der Verwaltung von Reserven oder Vermögenswerten und der Bereitstellung von öffentlichen Finanzmitteln für den Handel mit und Investitionen in Belarus.

Verbot der Börsennotierung und der Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit Aktien staatlicher belarussischer Unternehmen an EU-Handelsplätzen ab dem 12. April 2022.

Erhebliche Begrenzung der Finanzzuflüsse aus Belarus in die EU durch ein Verbot der Annahme von Einlagen belarussischer Staatsangehöriger oder Gebietsansässiger in Höhe von mehr als 100.000 Euro, der Führung von Konten belarussischer Kunden bei den zentralen Wertpapierverwahrern der EU sowie des Verkaufs von auf Euro lautenden Wertpapieren an belarussische Kunden.

Verbot der Lieferung von auf Euro lautenden Banknoten nach Belarus.

Für Russland werden mit der Änderung neue Beschränkungen für die Ausfuhr von Technologien für die Seeverkehrsnavigation und den Funkverkehr eingeführt, das russische Seeschiffregister wird in die Liste der staatlichen Unternehmen aufgenommen, die Finanzierungsbeschränkungen unterliegen, und es wird eine Bestimmung über die vorherige Weitergabe von Informationen für die Ausfuhr von Ausrüstungen für die Seeverkehrssicherheit eingeführt.

Außerdem wird die Ausnahmeregelung für die Annahme von Einlagen über 100 000 EUR bei EU-Banken auf Staatsangehörige der Schweiz und des EWR ausgedehnt.

Schließlich bestätigte die EU die gemeinsame Auffassung, dass Darlehen und Kredite mit allen Mitteln, einschließlich Krypto-Vermögenswerten, gewährt werden können, und präziserte den Begriff der "übertragbaren Wertpapiere", um Krypto-Vermögenswerte eindeutig einzubeziehen und so die ordnungsgemäße Umsetzung der geltenden Beschränkungen zu gewährleisten.

Außerdem werden mit der Änderung neue Beschränkungen eingeführt.

Darüber hinaus wurden weitere 160 Personen wegen Handlungen, die die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, in die Liste aufgenommen.

Zu den aufgelisteten Personen gehören:

- 14 Oligarchen und prominente Geschäftsleute, die in wichtigen Wirtschaftszweigen tätig sind, die eine wesentliche Einnahmequelle für die Russische Föderation darstellen - insbesondere in der Metallurgie-, Landwirtschafts-, Pharma-, Telekommunikations- und Digitalindustrie -, sowie deren Familienangehörige.

- 146 Mitglieder des russischen Föderationsrats, die die Regierungsbeschlüsse des "Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Russischen Föderation und der Volksrepublik Donezk" und des "Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der Russischen Föderation und der Volksrepublik Luhansk" ratifiziert haben.

Insgesamt gelten die restriktiven Maßnahmen der EU nun für 862 Personen und 53 Einrichtungen.

EU-Amtsblatt zu den Belarus-Sanktionen:

[Publications Office \(europa.eu\)](#)

EU-Statements:

[EU extends the scope of sanctions on Russia and Belarus \(europa.eu\)](#)

[Russia's military aggression against Ukraine: EU agrees new sectoral measures targeting Belarus and Russia - Consilium \(europa.eu\)](#)

---

### **Holz hergestellt in Russland und Belarus gilt als „Konfliktholz“**

Die Vereinigung PEFC International hat mit sofortiger Wirkung Holz, das in Russland oder Belarus produziert wurde als sogenanntes Konfliktholz eingestuft. Damit dürfen Produkte aus beiden Ländern das PEFC-Label nicht mehr tragen, solche Hölzer nicht mehr verarbeitet werden. Diese Entscheidung kommt de facto einem Import- und Verarbeitungsstopp gleich. Die Entscheidung gilt zunächst für sechs Monate und wird dann einer Überprüfung unterzogen. Auf der deutschen Webseite von PEFC finden Sie genauere Ausführungen zum Thema ([PEFC: Presse - Holz aus Russland und Weißrussland/Belarus gilt ab sofort als „Konfliktholz“](#)), auf der Webseite von PEFC International Fragen und Antworten zur Entscheidung und zur Wirkung ([FAQ: Timber from Russia and Belarus considered 'conflict timber' - PEFC - Programme for the Endorsement of Forest Certification](#))

---

Die Europäische Kommission hat inzwischen eine Website eingerichtet, die Informationen über die EU-Sanktionen gegen Russland nach dem Einmarsch in der Ukraine enthält. Die Website bietet Informationen zu den einzelnen Kategorien: Einzelauflistung von Personen und Einrichtungen; Sanktionen im Finanzsektor; Sanktionen im Energiesektor; Luftraum und Verkehrssektor; Güter mit doppeltem Verwendungszweck und Spitzentechnologie; Visumaßnahmen; Sanktionen gegen Desinformationsakteure; Belarus - sowie entsprechende Links:

[EU sanctions against Russia following the invasion of Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Tägliche Neuentwicklungen des EU-Rechts können Sie im EU-Amtsblatt verfolgen:

[Amtsblatt der Europäischen Union - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Detaillierte Übersichten zu den bisherigen EU- und US-Sanktionen gegen Russland wegen des Krieges gegen die Ukraine finden Sie auf der Internet-Seite der Kanzlei Graf von Westfalen:

[Neue Sanktionen gegen Russland und Belarus – Überblick und Handlungsempfehlungen \(gww.com\)](#)

Das Journalisten-Netzwerk Correctiv bietet einen aktuellen Sanktions-Tracker an:  
[Sanktionstracker – Aktuelle Sanktionen gegen Russland \(correctiv.org\)](#)

Analyse zur Wirksamkeit von Sanktionen im Hightech-Sektor von ECFR:  
[Give and tech: How technology sanctions can help counter the threat from Russia – European Council on Foreign Relations \(ecfr.eu\)](#)

## 4. Russland-Gegensanktionen

Der russische Präsident Putin hat ein Dekret über das Verbot oder die Beschränkung von Exporten aus Russland und Importen nach Russland von bestimmten Produkten und Rohstoffen unterzeichnet. Die Liste der betroffenen Güter wird noch erarbeitet. Die russische Zeitung Kommersant berichtet dazu folgendes:

*„Die Regierung hat sich auf eine Liste von Waren geeinigt, die zuvor aus dem Ausland eingeführt wurden und die das Land vorübergehend nicht verlassen dürfen. Insgesamt wurden 200 Punkte in die Liste aufgenommen. Die Entscheidung gilt bis zum Ende des Jahres. Darunter sind: technologische Ausrüstung; Telekommunikationsgeräte; medizinische Geräte; Fahrzeuge; landwirtschaftliche Geräte; elektrische Ausrüstung.*

*Die Liste wurde von der Regierung gemäß dem Präsidialerlass „Über die Anwendung besonderer wirtschaftlicher Maßnahmen im Bereich der Außenwirtschaftstätigkeit zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation“ verabschiedet.*

*Die Liste umfasst auch: Eisenbahnwaggons und Lokomotiven, Container, Turbinen, Metall- und Steinbearbeitungsmaschinen, Monitore, Projektoren, Konsolen und Paneele. Darüber hinaus wird die Ausfuhr bestimmter Holzarten aus Russland in Staaten, die unfreundliche Handlungen begangen haben, bis Ende des Jahres eingeschränkt.*

*Die Ausfuhr dieser Waren ist vorübergehend für alle Länder mit Ausnahme der EAEU-Mitgliedstaaten sowie Abchasiens und Südossetiens beschränkt. Gleichzeitig wird die Entscheidung über die Ausfuhr von Waren in diese Länder vom Landwirtschaftsministerium, vom Verkehrsministerium, vom Ministerium für Industrie und Handel, vom Finanzministerium und vom Ministerium für natürliche Ressourcen getroffen. Das Dokument wird laut der Website der Regierung in Kürze veröffentlicht werden.“*

[Правительство определило перечень иностранных товаров, временно запрещенных к вывозу из России - Новости – Экономика – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](http://kommersant.ru)

---

### **Gesetzentwurf zur „beschleunigten Insolvenz“ ausländischer Unternehmen angekündigt**

Die Regierungskommission der Russischen Föderation hat den von der Partei Edinaja Rossija eingebrachten Vorschlag zur „beschleunigten Insolvenz“ ausländischen Eigentums aufgegriffen und bereitet einen entsprechenden Gesetzentwurf vor.

Betroffen sind Unternehmen, die den russischen Markt verlassen oder im Augenblick den Betrieb ruhen lassen und die zu mehr als 25 Prozent im Besitz von Eigentümern aus „unfreundlichen Staaten“ sind. Dazu gehören die Länder der EU und 21 weitere Staaten. Mit dieser Maßnahme sollen nach Aussage des russischen Premierministers Mischustin in erster Linie Arbeitsplätze und systemrelevante Produktionen erhalten und Unternehmen im Land gehalten bzw. eine schnelle Weiterführung ermöglicht werden.

Die Gründe für eine eingeschränkte oder stillstehende Produktion sind vielfältig: u.a. Lieferkettenprobleme, stark verteuerte Logistikkosten, Schwierigkeiten im internationalen Zahlungsverkehr, Rubelverfall, Mangel an Komponenten, ausländisches Management musste ausreisen. Für die Firmen, die den russischen Markt endgültig verlassen, ist eine Verstaatlichung sehr wahrscheinlich. Assets sollen über Auktionen an neue Eigentümer veräußert werden. Firmen, die ihre Produktion ganz oder teilweise einstellen müssen, sollen treuhänderisch weitergeführt werden. Wie genau diese Regelungen ausgestaltet sein werden, ist noch nicht endgültig bekannt. Allerdings sollen nach der ersten Ankündigung Unternehmen betroffen sein, die einen Umsatz von mehr als einer Milliarde Rubel erwirtschaften und mehr als 100 Mitarbeiter beschäftigen, soweit sie nicht innerhalb von 5 Tagen nach entsprechender Aufforderung die Tätigkeit wieder aufnehmen.

Unternehmen, die ihre Produktion aufrechterhalten können, wird von staatlicher Seite Unterstützung angeboten. Sie wären von den angekündigten Maßnahmen nicht betroffen.

-----

#### **Weitere Meldungen aus/über Russland:**

Russische Medienberichte: Das russische Verfassungsgericht habe seinen Austritt aus der Konferenz der europäischen Verfassungsgerichte angekündigt. Es sei damit einem Ausschluss zugekommen.

Russische Medienberichte: Unter bestimmten Umständen könne für Unternehmen, die den RUS Markt verlassen und mindestens 25 Prozent ausländischen Anteil haben, eine „externe Verwaltung“ eingeführt werden. Dies solle dazu dienen, die Unternehmen von einem Verbleib in Russland zu überzeugen. Die Öffentliche Verbraucherinstitution habe eine Liste von 60 Unternehmen an Regierung und Generalstaatsanwaltschaft gerichtet, die perspektivisch nationalisiert werden könnten. Darunter befänden sich unter anderem VW, Porsche, IKEA, Microsoft und Shell.

Welt:

Russland droht westlichen Unternehmen mit Verstaatlichung

Westlichen Unternehmen, die wegen Russlands Krieg gegen die Ukraine das Land verlassen, droht nun eine Verstaatlichung ihrer Betriebe und Produktionsstätten. Die Firmen würden „praktisch ihre Kollektive ihrem Schicksal“ überlassen, sagte der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew. Die russische Regierung arbeite deshalb an Schritten, um eine Insolvenz der Unternehmen und dann eine Nationalisierung des Besitzes in die Wege zu leiten, sagte der Vize-Chef des russischen Sicherheitsrates. Vorrangige Aufgabe sei, dass die Menschen nicht auf der Straße landeten.

„Auf Grundlage des von den Investoren in Panik“ zurückgelassenen Vermögens müsse eine neue Produktion aufgebaut werden, meinte Medwedew. „Solch eine Herangehensweise ist objektiv und gerecht.“ Betroffen sind unter anderem Unternehmen aus Deutschland, weiteren EU-Staaten und den USA.

Noch gibt es kein konkretes Gesetz in Russland, um das Vermögen zu verstaatlichen. Aber die Forderungen prominenter Politiker, auf die Sanktionen des Westens auf diese Weise zu reagieren, nehmen zu – und werden immer lauter. Es wurde erwartet, dass das russische Parlament bald über ein solches Vorgehen entscheidet.

Viele westliche Firmen hatten zunächst nur mitgeteilt, dass der Betrieb ausgesetzt werde. Von Einstellung oder Rückzug war in den meisten Fällen nicht die Rede. „Was auch immer die Gründe des Weggangs sind, so sollten die ausländischen Firmen verstehen, dass eine Rückkehr auf unseren Markt schon nicht mehr einfach sein wird“, sagte Medwedew.

Kremlsprecher Dmitri Peskow warnte der Agentur Interfax zufolge, dass eine Nationalisierung westlicher Unternehmen und eine Beschlagnahmung des Vermögens für beide Seiten negative Folgen hätte. Auch russischen Firmen droht dann eine Beschlagnahme ihrer Aktiva im Ausland. Es gibt inzwischen auch Vorschläge, dass das Vermögen wegen der Sanktionen treuhänderisch verwaltet wird.

-----

#### Düngemittel – Exportstopp

Interfax - Das russische Industrie- und Handelsministerium hat den russischen Düngemittelherstellern empfohlen, ihre Exporte aufgrund von Logistikproblemen auszusetzen, teilte das Ministerium mit. „Aufgrund der Sabotage der logistischen Aktivitäten einiger ausländischer Logistikunternehmen können die Landwirte in Europa und anderen Ländern die vertraglich vereinbarten Mengen an Düngemitteln nicht erhalten“, heißt es in der Erklärung. „In Anbetracht der Situation, in der sich die Arbeit ausländischer Logistikunternehmen entwickelt hat, sowie der damit verbundenen Risiken sieht sich das russische Industrie- und Handelsministerium gezwungen, den russischen Herstellern zu empfehlen, die Ausfuhr russischer Düngemittel vorübergehend einzustellen, bis die Spediteure ihre Arbeit wieder reibungslos aufnehmen und Garantien dafür gegeben werden, dass die Ausfuhr russischer Düngemittel in vollem Umfang erfolgen wird“, hieß es. Die Probleme „in der Lieferkette und die skrupellose Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen durch die Käufer“ wurden auf einer Sitzung des Ministeriums erörtert, an der die betroffenen Behörden und die Düngemittelhersteller des Industrieverbands teilnahmen, heißt es in der Erklärung.

Der russische Verband der Düngemittelproduzenten lehnte es gegenüber Interfax ab, sich zur Situation bei den Exportlieferungen zu äußern.

Die Möglichkeit, dass die Ausfuhr russischer Mineraldünger gestoppt wird, könnte zu schwerwiegenden Folgen in der Welt führen, da die Produktion im Ausland aufgrund des Anstiegs der Gaspreise und der ständig wachsenden Nachfrage nach Lebensmitteln zurückgeht, heißt es in der Erklärung. "Russland ist einer der drei weltweit führenden Verladern von Mineraldünger und spielt eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung der weltweiten Lebensmittelsicherheit", wurde der russische Industrie- und Handelsminister Denis Manturow in der Erklärung zitiert.



Russland exportiert rund 70 % der im Lande produzierten Mineraldünger. Angesichts des Anstiegs der Düngemittelpreise weltweit und auf dem Inlandsmarkt hat Russland für den Zeitraum vom 1. Dezember 2021 bis zum 31. Mai 2022 Quoten für den Export von Stickstoff und Stickstoffkomplexdüngern eingeführt. Das Gesamtvolumen der Quoten für die Ausfuhr von Stickstoffdüngern aus Russland wurde zunächst auf 5,9 Millionen Tonnen festgelegt, später aber um weitere 280.000 Tonnen Harnstoff erweitert. Die Quote für komplexe Stickstoffdünger beträgt 5,35 Millionen Tonnen. Die Kontingente basieren auf den traditionellen Ab-Hafen-Mengen.

Russland hat zu Beginn des Jahres ein zweimonatiges Ausfuhrverbot für Ammoniumnitrat verhängt, um die Versorgung der inländischen Verbraucher sicherzustellen. Das Verbot ist bis zum 2. April in Kraft.

-----

Hier finden Sie eine Übersicht der GTAI zu den derzeitigen Maßnahmen der russischen Regierung:

[Russlands Gegensanktionen sollen Kapitalabfluss verhindern | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

## 5. Sanktionen der USA

Die USA haben ein Erdölimportverbot gegen Russland verhängt. Verboten ist konkret die Einfuhr von „Rohöl, Erdöl, Erdölbrennstoffe, Öle und Erzeugnisse ihrer Destillation, verflüssigtes Flüssigerdgas, Kohle und Kohleprodukte“. Verboten sind zudem „neue Investitionen im Energiesektor der Russischen Föderation durch eine Person der Vereinigten Staaten, unabhängig vom Standort“. Außerdem wird untersagt „jede Genehmigung, Finanzierung, Erleichterung oder Garantie einer Transaktion“ in den genannten Bereichen durch US-Bürger oder Bürger, die unter die US-Gesetzgebung fallen. Hier noch einmal dazu die Übersicht relevanter Links:

- [Executive Order on Prohibiting Certain Imports and New Investments With Respect to Continued Russian Federation Efforts to Undermine the Sovereignty and Territorial Integrity of Ukraine](#)
- [U.S. Treasury Guidance on President Biden’s Executive Order](#)
- [Remarks by President Biden Announcing U.S. Ban on Imports of Russian Oil, Liquefied Natural Gas, and Coal](#)

## 6. Sanktionen weiterer Länder

### Großbritannien

Das Vereinigte Königreich hat die „Oligarchen“ Roman Abramowitsch, Oleg Deripaska, Igor Setschin, Andrej Kostin, Alexei Miller, Nikolai Tokarew und Dmitri Lebedew auf seine Sanktionsliste gesetzt.

Dazu heißt es von Seiten der britischen Regierung:

„Als Teil der führenden Bemühungen des Vereinigten Königreichs, Putin und sein Umfeld zu isolieren, werden die Vermögenswerte dieser Oligarchen, die zusammen ein Nettovermögen von rund 15 Milliarden Pfund haben, im Vereinigten Königreich eingefroren, und es wird ihnen untersagt, hierher zu reisen.“

Zu den vom Vereinigten Königreich sanktionierten Personen gehören Roman Abramowitsch, der Eigentümer des Chelsea Football Club, mit einem Vermögen von mehr als 9 Milliarden Pfund, der führende Industrielle Oleg Deripaska mit einem Vermögen von 2 Milliarden Pfund und der CEO von Rosneft, Igor Setschin. Eine weitere Gruppe russischer Oligarchen, die Putin nahestehen, wurde ebenfalls mit Sanktionen belegt. Die heute sanktionierten Personen sind:

- Roman Abramowitsch hält Anteile am Stahlriesen Evraz, an Norilsk Nickel und ist Eigentümer des FC Chelsea. Im Jahr 2005 verkaufte er einen 73-prozentigen Anteil an der russischen Ölfirma Sibneft für 9,87 Milliarden Pfund an den staatlichen Gasriesen Gazprom. Sein Nettovermögen wird auf 9,4 Milliarden Pfund geschätzt. Er ist einer der wenigen Oligarchen aus den 1990er Jahren, die auch unter Putin weiter an der Spitze stehen. Keiner unserer Verbündeten hat bisher Sanktionen gegen Abramowitsch verhängt.
- Oleg Deripaska hält Anteile an der En+ Group, einem großen Rohstoff- und Energieunternehmen, dem UC Rusal, einer der weltweit größten Aluminiumhersteller, gehört. Er besitzt ein mehrere Millionen Pfund schweres Immobilienportfolio im Vereinigten Königreich. Sein Nettowert wird auf 2 Milliarden Pfund geschätzt. Die USA haben Deripaska im Jahr 2018 ausgewiesen.
- Igor Setschin ist der Vorstandsvorsitzende von Rosneft, einer staatlichen russischen Ölgesellschaft und ein besonders enger und einflussreicher Verbündeter von Putin. Setschin ist von den USA und der EU mit Sanktionen belegt worden.
- Andrej Kostin ist Vorsitzender der VTB Bank, der zweitgrößten Bank Russlands. Die VTB Bank wurde am 24. Februar 2022 vom Vereinigten Königreich benannt. Kostin ist ein enger Vertrauter Putins und unterstützt seit langem die Ziele des Kremls über die VTB Bank. Sein Nettovermögen wird auf 379 Millionen Pfund geschätzt. Kostin ist von den USA und der EU mit Sanktionen belegt worden.
- Alexei Miller ist Vorstandsvorsitzender des Energieunternehmens Gazprom und damit einer der wichtigsten Unterstützer der russischen Regierung. Miller diente in den 1990er Jahren

unter Putin, als dieser stellvertretender Bürgermeister in St. Petersburg war. Miller ist von den USA mit Sanktionen belegt worden.

- Nikolai Tokarev ist Präsident der staatlichen russischen Pipelinegesellschaft Transneft. Er traf Putin zum ersten Mal, als beide in den 1980er Jahren als KGB-Offiziere in Dresden in Ostdeutschland dienten. Seitdem sind sie eng miteinander verbunden. Tokarev ist von den USA und der EU mit Sanktionen belegt worden.

- Dmitri Lebedew ist Vorsitzender des Verwaltungsrats der Bank Rossiya. Das Vereinigte Königreich bezeichnete die Bank Rossiya, die weithin als Privatbank des Kremls gilt, am 22. Februar 2022 als sanktioniert. Lebedew wurde 2016 von den USA mit Sanktionen belegt.

[Abramovich and Deripaska among 7 oligarchs targeted in estimated £15 billion sanction hit - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

Abramowitsch ist international als Eigentümer des FC Chelsea bekannt. Für den Fußball-Klub wurde eine Ausnahmegenehmigung erteilt, um den Spielbetrieb nicht zu gefährden.

[10032022 OFSI General Licence Football Matches .pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

### **Sanktionen gegen Flugzeuge**

Das Vereinigte Königreich hat zudem die Russia (Sanctions) (EU Exit) (Amendment) (No. 6) Regulations 2022 verabschiedet, die neue Flugzeug- und Handelssanktionen umsetzen. Diese bauen auf früheren Beschränkungen für russische Flugzeuge auf.

Die Verordnungen verfügen unter anderem ein Verbot des Überflugs oder der Landung von Flugzeugen, die in Russland registriert sind oder anderweitig im Besitz einer benannten Person/Einrichtung oder einer Person/Einrichtung, die "mit Russland verbunden" ist, sind oder von dieser gechartert oder betrieben werden; sicherheitsrelevante Ausnahmen sind vorgesehen.

[UK strengthens ban on Russia aircraft and introduces new trade sanctions - GOV.UK \(www.gov.uk\)](#)

## 7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

### Tagesschau

Diese Firmen verlassen Russland

Immer mehr Unternehmen schließen sich den internationalen Sanktionen gegen Russland an. Sie schränken ihre Geschäfte dort ein oder ziehen sich komplett zurück. Ein Überblick:

### Ernährung

Gleich vier große westliche Marken, die auch Russland teils über Jahrzehnte prägten - 1990 wurde die erste Filiale von McDonald's in Russland eröffnet - melden sich auf einen Schlag ab. Wie abgesprochen teilten die US-Konzerne McDonald's, Starbucks und Coca-Cola mit, den Betrieb in Russland vorerst einzustellen. Auch PepsiCo will sein Geschäft stark einschränken, der Verkauf und die Herstellung von Softdrinks wie Pepsi, 7Up und Mirinda wird vorübergehend ausgesetzt. Zudem will der Konzern Investitionen sowie sämtliche Werbe- und Marketingaktivitäten in Russland stoppen.

Der Lebensmittelkonzern Danone setzt alle Investitionen in Russland aus. Allerdings werde die Produktion und der Vertrieb "von frischen Milchprodukten und Säuglingsnahrung aufrechterhalten, um den essenziellen Nahrungsmittelbedarf der örtlichen Bevölkerung weiterhin zu decken".

Die niederländische Brauerei Heineken, die zweitgrößte Brauerei der Welt, teilte mit, Produktion, Werbung und Verkauf seiner Marken in Russland zu beenden. Heineken beschäftigt in Russland 1800 Menschen und ist dort nach eigenen Angaben der drittgrößte Bierproduzent.

### Automobilsektor

Der Volkswagen-Konzern hat Exporte nach Russland mit sofortiger Wirkung gestoppt. Die Fertigung an den Standorten Kaluga und Nischni Nowgorod wird bis auf Weiteres eingestellt. Fertig produzierte Fahrzeuge, die bereits in Russland sind, werden nicht mehr an dortige Händler ausgeliefert.

Daimler Truck will seine Geschäftsaktivitäten in Russland und die Kooperation mit dem russischen Lkw-Hersteller Kamaz mit sofortiger Wirkung einstellen.

Die Mercedes-Benz Group, ehemals Daimler und früher Mutterkonzern der Daimler-Lkw-Sparte, beabsichtigt, ihre 15-prozentige Beteiligung an Kamaz zu verkaufen. Zudem stellt der Konzern bis auf Weiteres den Export von Pkw und Vans nach Russland sowie die lokale Fertigung in Russland ein.

BMW verzichtet auf den Export seiner Autos nach Russland und will die Produktion in den dortigen Werken beenden.

Renault hat wegen logistischer Engpässe seine Aktivitäten in russischen Werken zeitweise eingeschränkt. Die Franzosen haben eine Mehrheitsbeteiligung an Russlands größtem Autohersteller Avtovaz.

Der schwedische Autohersteller Volvo Cars, eine Tochter des chinesischen Fahrzeugkonzerns Geely, liefert seine Autos bis auf Weiteres nicht mehr nach Russland.

Auch der amerikanische Hersteller General Motors (GM) hat einen Exportstopp nach Russland angekündigt.

Ford Motor hat seinen Joint-Venture-Partner Sollers über das Aussetzen seines Russlandgeschäfts informiert. Das Joint Venture stellt das russische Vorzeige-Automodell Aurus Senat her, das auf besonderen Wunsch des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin entwickelt wurde.

Der japanische Hersteller Mitsubishi erwägt die Produktion und den Verkauf seiner Autos in Russland einzustellen, da die Sanktionen zu Unterbrechungen in den Lieferketten der Japaner führen könnten.

Der japanische Weltmarktführer Toyota stellt bis auf Weiteres die Produktion in seinem Werk im russischen St. Petersburg ein, wo Toyota vorwiegend für den russischen Markt das SUV-Modell RAV4 und den Camry produziert. Als Begründung gab der Konzern Störungen der Lieferkette an.

Der Motorradhersteller Harley Davidson hat seine Geschäfte und Lieferungen in Russland eingestellt.

Die Hersteller von Luxusautos Jaguar Land Rover und Aston Martin pausieren den Export ihrer Autos nach Russland.

Die Stellantis-Tochter Ferrari und die Volkswagen-Tochter Lamborghini ziehen sich wegen des Kriegs in der Ukraine aus dem Russlandgeschäft zurück. Ferrari erklärte, die Produktion von Supersportwagen für den russischen Markt werde bis auf Weiteres gestoppt. Lamborghini schrieb über Instagram, das Geschäft werde auf Eis gelegt.

Der Reifenhersteller und Autozulieferer Continental stoppt seine Produktion und die Geschäfte in Russland. Außerdem wurde das Im- und Exportgeschäft mit Russland eingestellt.

## Energie

Der britische Energiekonzern BP trennt sich von seiner Beteiligung von knapp 20 Prozent am russischen Ölkonzern Rosneft.

Der britische Energiekonzern Shell will künftig kein Erdöl und Gas mehr aus Russland kaufen und bestehende Verträge nicht erneuern. Außerdem werden alle Tankstellen in Russland

geschlossen und andere Geschäftsaktivitäten dort aufgegeben. Zudem will der Konzern seine Gemeinschaftsunternehmen mit Gazprom und zugehörigen Firmen aufgeben.

Der US-Ölkonzern Exxon Mobil zieht sich aus dem russischen Öl- und Gasgeschäft zurück und tätigt keine neuen Investitionen mehr.

Der französische Ölriese Total will kein Kapital mehr für neue Projekte in Russland bereitstellen.

Der norwegische Energiekonzern Equinor wird sich von seinen Gemeinschaftsunternehmen in Russland trennen, das betrifft unter anderem auch Rosneft.

Der österreichische Energiekonzern OMV hat seine Pläne, sich an einem Gasfeldprojekt von Gazprom zu beteiligen, aufgegeben und prüft seine Rolle bei der Gaspipeline Nord Stream 2.

Der Energiekonzern Uniper will keine neuen Investitionen in Russland tätigen. An die russische Kraftwerkstochter Unipro sollen vorerst keine Mittel überwiesen werden. Der Ende letzten Jahres eingeleitete Prozess zur Veräußerung von Unipro wird vorerst gestoppt.

#### Finanzbranche

Die weltweit tätige Bank HSBC schraubt ihre Zusammenarbeit mit russischen Banken zurück, darunter die zweitgrößte Bank Russlands VTB.

Bei der Fondsgesellschaft DWS tätigen aktiv verwaltete Publikumsfonds bis auf Weiteres keine neuen Investitionen in russische Wertpapiere.

Union Investment setzt die Ausgabe sowie die Rücknahme von Fondsanteilen für den UniEM Osteuropa aus. Der Fonds der Fondsgesellschaft der Volks- und Raiffeisenbanken hatte Ende Januar ein Fondsvolumen von rund 100 Millionen Euro, wovon rund 60 Prozent in Russland investiert waren.

Die Bank Nordea hat den Handel von Investmentfonds mit starkem Russland-Exposure ausgesetzt.

Visa, Mastercard und American Express haben ihre Geschäfte mit Russland ausgesetzt. Für die Kunden der drei weltgrößten Kreditkartenanbieter bedeutet das: Sie können mit von russischen Banken ausgestellten Visa-, Mastercard- oder American-Express-Kreditkarten nur noch in Russland bezahlen. Karten, die bei nicht-russischen Banken ausgestellt wurden, funktionieren nicht mehr in Russland. Zuvor hatten Visa, Mastercard und American Express bereits russische Banken aus ihren Bezahlnetzwerken ausgeschlossen.

Der Bezahlendienst PayPal stoppt seine verbliebenen Dienste in Russland. Davon betroffen sind unter anderem internationale Überweisungen.

Die großen Wirtschaftsprüfer KPMG und PwC trennen sich von ihrem Russland-Geschäft. Die bisherigen russischen Mitgliedsunternehmen schieden aus den globalen Verbänden aus,

teilten die Buchhaltungskonzerne mit. Die großen Wirtschaftsprüfer agieren als globale Netzwerke aus örtlichen Firmen, die den dortigen Partnern gehören.

Die US-Ratingagentur Fitch stoppt ihre geschäftliche Tätigkeit in Russland. Die Bewertung von Bonitäten und andere Dienstleistungen werden dort mit sofortiger Wirkung eingestellt.

## Handel

Der schwedische Möbelhändler Ikea stoppt alle Ex- und Importe in und nach Russland und Belarus vorübergehend. Dasselbe gilt für die Produktion in Russland. Von dem Entschluss sind demnach 15.000 Angestellte betroffen.

Die Handelsketten REWE, deren Tochter Penny, Aldi und der Discounter Netto des Edeka-Konzerns wollen keine Produkte mehr verkaufen, die in Russland hergestellt worden sind.

Die Baumarkt-Kette Obi stellt ihr Geschäft in Russland ein. Obi hat in Russland nach eigenen Angaben 27 Baumärkte und 4900 Mitarbeiter - gemessen an der Gesamt-Belegschaft macht Russland etwa ein Zehntel aus.

## Industrie

Der Elektro- und Energietechnikhersteller Siemens Energy hat sämtliches Neugeschäft in Russland gestoppt.

Der frühere Mutterkonzern Siemens hat alle neuen Geschäfte und internationalen Lieferungen nach Russland eingestellt. Seine lokalen Service- und Wartungsaktivitäten will Siemens unter Einhaltung der Sanktionen fortsetzen.

Der Lkw- und Zugbremsenhersteller Knorr-Bremse zieht sich aus seinem Gemeinschaftsunternehmen mit dem russischen Lkw-Hersteller Kamaz zurück, zusätzlich zu dem vergangene Woche angekündigten vorläufigen Stopp aller Lieferungen mit endgültigem Ziel Russland. Außerdem hat der Vorstand entschieden, keinerlei Produkte oder Systeme für Lokomotiven mehr nach Russland zu liefern, da nicht ausgeschlossen werden könne, dass diese für militärische Zwecke eingesetzt würden.

## Konsum

Der Sportartikelhersteller Adidas hat seine Partnerschaft mit dem Russischen Fußballverband eingestellt. Außerdem stellt der Konzern den Betrieb der eigenen Läden und des Onlinehandels in Russland bis auf Weiteres ein.

Der US-Konkurrent Nike hat den Verkauf von Waren auf seiner Website und App in Russland eingestellt.

Auch Puma stellt den operativen Betrieb der Geschäfte in Russland vorübergehend ein. Ursprünglich hatte der Sportartikelhersteller lediglich auf neue Lieferungen nach Russland verzichtet.



Der schwedische Haushaltsgerätehersteller Electrolux hat alle Aktivitäten in Russland eingestellt.

Der schwedische Modekonzern Hennes und Mauritz (H&M) stellt bis auf Weiteres seinen Verkaufsbetrieb in Russland ein.

Der französische Luxusanbieter Hermès schließt vorübergehend seine drei Läden in Russland, darunter das im berühmten Moskauer Kaufhaus GUM am Roten Platz. Die für dieses Jahr geplante Eröffnung eines Geschäfts in St. Petersburg wird zudem "auf unbestimmte Zeit verschoben".

Der französische Luxusmarken-Hersteller LVMH schließt vorübergehend seine 124 Läden in Russland

Auch der Luxuskonzern Kering schließt vorübergehend seine Läden in Russland.

Das italienische Modehaus Prada kündigte einen Verkaufsstopp in Russland an.

Der US-Konsumgüterkonzern Procter & Gamble (P&G) beendet alle seine Kapitalinvestitionen in Russland. Zudem will der Konzern sein Portfolio in Russland "beträchtlich reduzieren". Außerdem stoppt man dort alle Medien- und Werbeaktivitäten. Zu dem Konzern gehören Marken wie Gillette, Pampers und Oral B.

Der Jeanshersteller Levi Strauss & Co. (Levi's) stellt seine Geschäfte in Russland wegen des Angriffskrieges gegen die Ukraine vorübergehend ein. Auch neue Investitionen in Russland kommen demnach bis auf Weiteres nicht infrage.

#### Logistik

Die beiden großen US-Paketdienstleister UPS und FedEx setzen Lieferungen nach Russland und die Ukraine wegen des russischen Einmarsch vorerst aus.

Die Deutsche-Post-Tochter DHL befördert keine Sendungen mehr nach Russland. Auch Transportleistungen in die und aus der Ukraine wurden gestoppt.

Die dänische Reederei Maersk setzt Container-Schiffahrten von und nach Russland aus.

Die Reederei Hapag Lloyd hat Buchungen für Russland vorübergehend ausgesetzt und Fahrten in die Ukraine gestoppt.

Der Schweizer Logistikkonzern Kühne + Nagel setzt bis auf Weiteres alle Importlieferungen in die Russische Föderation aus, mit Ausnahme von Pharma-, Gesundheits- und humanitären Transporten.

#### Luftfahrt

Die Lufthansa fliegt Russland nicht mehr an. Die Tochter Lufthansa Technik hat wegen der Sanktionen sämtliche Serviceleistungen für russische Kunden gestoppt, mehrere hundert Flugzeuge sind betroffen.

Die Flugzeughersteller Airbus und Boeing stellen ihre Lieferungen an russische Fluggesellschaften ein. Die Airlines erhalten damit keine Ersatzteile mehr und werden auch technisch nicht mehr unterstützt.

Der kanadische Flugzeugbauer Bombardier legt sämtliche Aktivitäten mit russischen Kunden auf Eis. Dazu zähle die gesamte technische Unterstützung.

Das weltweit größte Flugzeugleasingunternehmen AerCap Holdings verzichtet auf Leasinggeschäfte mit russischen Fluglinien.

Mit dem US-Unternehmen Sabre und der spanischen Amadeus IT Group haben zwei der größten Buchungssystemanbieter für Flugtickets ihre Geschäftsbeziehungen zur russischen Fluggesellschaft Aeroflot gekappt.

Der Flughafenbetreiber Fraport lässt seine Geschäftsaktivität in St. Petersburg ruhen. Neben der 25-prozentigen Beteiligung an der Betreibergesellschaft des Flughafens Pulkovo besitzt Fraport nach eigenen Angaben dort einen Vermögenswert in niedriger dreistelliger Millionen--Höhe.

## Medien

Die Hollywood-Studios Warner Brothers, Disney und Sony Pictures setzen Filmstarts in Russland aus.

Das weltgrößte Musiklabel, die Universal Music Group, schließt alle Büros in Russland und legt die Geschäftstätigkeiten auf Eis.

Der Video-Streaminganbieter Netflix stellt den Betrieb in Russland ein. Eine Neuanmeldung in Russland sei damit nicht mehr möglich. Bisherige Kunden werden demnach den Dienst noch nutzen können, bis die nächste monatliche Zahlung fällig werde.

TikTok will Live-Streams und die Verbreitung neuer Videos in Russland aussetzen. Der über die App in Russland angebotene Messaging-Dienst bleibe davon unberührt.

## Technologie

Der US-Technologiekonzern Apple setzt den Verkauf aller Produkte in Russland aus und schränkt Apple Pay und andere Dienste ein.

Die Alphabet-Tochter Google setzt sein Anzeigengeschäft in Russland bis auf Weiteres aus. Betroffen sei Werbung sowohl im Umfeld der Internet-Suche als auch bei der Videoplattform YouTube. Zuvor hatte Google nur bestimmte Anzeigen rund um den Krieg blockiert. Zudem hat das Unternehmen Apps, die mit den russischen Sendern RT und Sputnik verbunden sind,

in seinem Play Store blockiert. Außerdem hat Google die Kanäle, die RT und Sputnik nahe stehen, auf seiner Videoplattform YouTube in Europa gesperrt.

Der Chipriese Intel setzt alle Lieferungen an Kunden in Russland aus. Auch Belarus, das die russische Invasion in die Ukraine unterstützt, wird nicht mehr versorgt. Intel ist der wichtigste Anbieter von Prozessoren und Servern in Rechenzentren.

Microsoft will die Apps von RT aus dem Windows App Store entfernen und Werbung in staatlich geförderten russischen Medien verbieten. Zudem kündigte der Konzern an, den Verkauf seiner Produkte auszusetzen, also keine Neugeschäfte mehr in Russland zu machen.

Der US-Computerhersteller Dell hat den Verkauf von Produkten in der Ukraine und in Russland ausgesetzt.

Der südkoreanische Elektronikkonzern Samsung hat seine Lieferungen nach Russland gestoppt. Er war bisher in Russland Marktführer bei Speicherchips, Smartphones und Fernsehern.

Als weiteres Tech-Unternehmen hat der Apartment-Vermittler Airbnb seine Aktivitäten in Russland und Belarus gestoppt.

Der deutsche Softwareriese SAP und sein US-Rivale Oracle setzen alle Aktivitäten in Russland aus.

Der Computerspielehersteller Electronic Arts (EA) will die russische Nationalmannschaft und alle russischen Fußballclubs aus dem Computerspiel FIFA 22 entfernen. Auch FIFA Mobile und FIFA Online sind von dem Schritt betroffen.

Auch einer der weltgrößten Mischkonzerne, General Electric (GE), erklärte, sich aus dem Russland-Geschäft zurückzuziehen. Ausgenommen seien lediglich unverzichtbare medizinische Ausrüstung sowie der Support bestehender Energienetze in der Region.

#### Telekommunikation

Der schwedische Netzwerkausrüster Ericsson setzt seine Lieferungen nach Russland aus.

Der finnische Telekommunikationsausrüster Nokia stellt seine Lieferungen nach Russland ein.

-----

#### Frankfurter Allgemeine

Herbert Diess für kraftvolles Auftreten gegenüber Putin (FAZ)

Europa und Deutschland könnten einen sehr starken Schaden nehmen, mahnt der Spitzenmanager. Dennoch hat sich Herbert Diess für eine gemeinsame Position gegen Putin und ein Festhalten an den Sanktionen gegen Russland ausgesprochen.

Volkswagen-Chef Herbert Diess hat sich für ein kraftvolles Auftreten und größtmögliche Sanktionen gegenüber Russlands Präsident Wladimir Putin ausgesprochen. Ziel müsse sein, aus einer Position der Stärke durch Verhandlungen auf Augenhöhe, möglichst bald ein Ende des Ukraine-Krieges herbeizuführen, sagte Diess am Mittwochabend am Rande einer Veranstaltung in Hamburg. „Ich glaube, dass Europa und Deutschland sehr stark leidtragend sein können bei einem lang anhaltenden Ukraine-Konflikt“, fügte er hinzu.

Gefragt, ob sich Volkswagen vor dem Hintergrund von Chinas Position in dem Konflikt Sorgen um sein Geschäft in der Volksrepublik machen müsse, antwortete Diess: „Das tun wir momentan noch nicht.“ Momentan seien die Auswirkungen insbesondere in Deutschland durch ausbleibende Lieferungen von Kabelbäumen zu spüren. „Man kann auch noch nicht sagen, was sich wirtschaftspolitisch und volkswirtschaftlich in Deutschland daraus entwickelt. Das ist eine sehr unübersichtliche Situation, die uns sehr große Sorgen macht“, sagte der Volkswagen-Chef.

Der Wolfsburger Konzern hatte - wie andere deutsche Autobauer auch - wegen des Kriegs in der Ukraine vor Kurzem seine Geschäfte in Russland eingestellt und die Produktion in Kaluga und Nischni Nowgorod bis auf weiteres gestoppt. Die rund 7000 VW-Mitarbeiter in Russland werden zunächst weiterbezahlt.

-----

#### NTV

Wie gut sticht Russlands China-Karte?

Russland versucht, Sanktionen und Isolation durch eine engere Partnerschaft mit China zu kompensieren, doch die Rechnung kann nur zum Teil aufgehen. Peking verfolgt vor allem seine Interessen, ohne einen riskanten und wenig profitablen Schulterchluss mit Moskau anzustreben.

Chinas Freundschaft mit Russland sei "felsfest", sagte am Montag Chinas Außenminister Wang Yi. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bringe den beiden Völkern Vorteile und Wohlstand. Das klingt so, als würde Russlands Rechnung aufgehen, die westlichen Sanktionen durch einen verstärkten Handel mit China aufweichen zu können.

Dass russische Banken, die vom Swift-Bezahlsystem ausgeschlossen werden, die chinesische Alternative CIPS nutzen dürfen, scheint ein Beispiel für Pekings Schulterchluss zu sein. Doch Moskau sollte sich keine allzu großen Hoffnungen machen. Die Kooperation bei den Bezahlssystemen ist ein gutes Beispiel dafür, wie es zwischen den beiden Autokratien tatsächlich läuft.

CIPS keine echte Alternative

Sie hilft Russland möglicherweise ein bisschen, ist aber letztendlich keine echte Alternative. Nur 76 Banken nehmen direkt an CIPS teil, 672 weitere sind lediglich indirekt beteiligt, arbeiten aber meist auch innerhalb dieses Mechanismus unverändert über Swift. Außerdem unterstützt CIPS hauptsächlich den Zahlungsverkehr mit dem chinesischen Yuan, der nicht frei konvertierbar ist.

Laut „FAZ“ hält Russland etwa 13 Prozent seiner Finanzreserven in Yuan bei Chinas Zentralbank, was 77 bis 99 Milliarden Dollar entsprechen soll. Peking selbst beteiligt sich nicht an den Sanktionen, weshalb hier ein großes Schlupfloch zu bestehen scheint. Doch China schreibt seinen Banken offenbar nicht vor, dies ebenso zu halten. Guo Shuqing, Vorsitzender der China Banking and Insurance Regulatory Commission, sagte laut CNN, sein Land beteilige sich nicht an den Sanktionen. Er bot Russland aber auch keine Erleichterung an.

### Angst ums Geschäft

Unter anderem setzte die in Peking ansässige Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) "alle Aktivitäten in Bezug auf Russland und Belarus" aus. Dies geschehe, "um die finanzielle Integrität der AIIB vor dem Hintergrund der sich entwickelnden Wirtschafts- und Finanzlage zu schützen", heißt es in der Pressemitteilung. Zuvor hatte "Bloomberg" bereits berichtet, die Bank of China und die Industrial & Commercial Bank of China hätten Finanzierungen für den Kauf russischer Rohstoffe eingeschränkt.

Peking hatte schon bei vorangegangenen Sanktionen wie nach der russischen Krim-Annexion offiziell nicht mitgemacht, aber gleichzeitig tunlichst vermieden, den Anschein zu erwecken, es unterlaufe sie. Die Regierung von Staatspräsident Xi Jinping versucht den Balanceakt, Moskau nicht zu enttäuschen, ohne es sich mit dem Westen zu verscherzen.

Dabei geht es ganz sicher nicht um Menschen- und Völkerrecht, auch vermeintliche ideologische Gemeinsamkeiten sind Peking ziemlich egal. Die Regierung verfolgt vor allem wirtschaftliche Interessen, um sich beim Volk durch stetig wachsenden Wohlstand der Massen zu legitimieren.

### Pragmatismus statt Ideologie

Das Verhältnis Russlands zu China erinnere an das Verhältnis zur Türkei, schreibt Kadri Liik für das European Council on Foreign Relations (ECFR). Die Seiten tolerierten ihre Meinungsverschiedenheiten oder Interessenkonflikte, weil sie diese Auseinandersetzungen aus "pragmatischen" geopolitischen Interessen herleiteten - nicht aus Ideologie. Aus diesem Grund hatte Moskau wohl auch kein Problem damit, auf Wunsch Pekings Ende vergangenen Jahres den russischen Konzern Rosneft aus der Gasförderung in Vietnam zurückzuziehen.

"Viele hier glauben, dass die USA Russland als Staat liquidieren wollen", zitiert Liik Wassili Kaschin, einen führenden russischen Experten für China und militärische Angelegenheiten. "Und wenn die USA jetzt einen Regimewechsel und die Zerschlagung des Landes wollen, aber China erst in zehn Jahren zum Problem werden könnte, dann gibt es wenig zu bedenken."

Moskau agiert etwas blauäugig

Russland zeigt in der Beziehung zu China schon länger erstaunlich wenig Bedenken. Ein gutes Beispiel dafür ist Moskaus Reaktion 2013 auf Xi Jinpings große Seidenstraßen-Pläne. Dabei geht es um schnellere und sicherere Handelsrouten zwischen China und Europa, die unter anderem durch Zentralasien führen, das der Kreml eigentlich als geopolitische Interessensphäre betrachtet.

Laut einem Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) verläuft die neue Seidenstraße durch Westchina und Kasachstan. Auf die russische Schiene komme sie erst relativ weit im Westen, in der Oblast Kurgan. Der östliche Teil der Transsib, der ohnehin am wenigsten ausgelastet ist, gehe völlig leer aus.

Moskau sei davon ausgegangen, China konzentriere sich auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Region, während Russland Garantiemacht bleibe und seinen politischen Einfluss behalte, so bpb. Außerdem habe man sich hohe Investitionen versprochen.

Tatsächlich wurden Verträge in Milliardenhöhe abgeschlossen. Doch letztendlich kam dabei recht wenig für Moskau heraus. Private chinesische Firmen hätten es vermieden, angesichts der US-Sanktionen mit den russischen Staatskonzernen zusammenzuarbeiten, schreibt bpb-Autorin Anastasia Vishnevskaya-Mann.

Bezeichnend ist, dass es bei dem einzigen Großprojekt, das zustande kam, um russische Rohstoffe geht. So wurde Ende 2019 die 2200 Kilometer lange und 55 Milliarden US-Dollar teure Pipeline "Sila Sibiri" ("Kraft Sibiriens") für Gaslieferungen nach China fertiggestellt. Kritikern wie Mikhail Krutikhin vom Carnegie Moscow Center zufolge könnte es 30 Jahre dauern, bis sich das "teure Schaufenster-Projekt" für Russland rechnet. Trotzdem ist bereits "Sila Sibiri 2" geplant.

Russlands Hoffnungen enttäuscht

Das muss eine große Enttäuschung für Moskau sein, denn die engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit asiatischen Staaten sollte den ökonomisch rückständigen Regionen Russlands jenseits des Urals zum Aufschwung verhelfen. So betonte Ex-Präsident Medwedew, dass "die Integration mit den Ländern der asiatisch-pazifischen Region ein riesiges Potenzial für die Wirtschaftsentwicklung des Fernen Ostens und ganz Russlands bietet."

Entgegen den Ankündigungen der russischen Regierung, gerade privatwirtschaftliche Initiative sowie den Export von Waren außerhalb des Rohstoffsektors stärken zu wollen, schienen "erneut jene staatsnahen Sektoren zu profitieren, die bereits eine dominante Stellung in der politischen Ökonomie Russlands einnehmen: natürliche Ressourcen oder die Rüstungsindustrie", schrieben Sebastian Hoppe und Vera Rogova im Oktober 2020 in der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZFAS).

Seitdem China nach dem Tiananmen-Platz-Massaker 1989 keine Waffen aus dem Westen mehr erhält, ist Russland zwar Pekings größter Lieferant. Doch China stellt Rüstungsgüter

zunehmend selbst her, und ein echtes Militärbündnis ist nie zustande gekommen, auch wenn Putin dies im Oktober 2020 nicht ausdrücklich ausschloss.

Die militärische Zusammenarbeit der beiden Länder bezeichneten einige Analysten zwar als "am Rande einer Allianz", schreibt Kadri Liik. Moskau und Peking wollten diese Schwelle aber nicht übertreten, weil es für sie die bequemste Lösung sei. Die Zusammenarbeit fördere das Vertrauen untereinander, sie müssten aber nicht fürchten, automatisch in einen Konflikt des Partners gezogen zu werden. Gleichzeitig wisse der Westen aber, dass sie es jederzeit tun könnten und müsse sich entsprechend zurückhalten.

Der Ukraine-Krieg hat Russlands Position in dieser Hinsicht deutlich geschwächt. Denn laut Liik will Moskau auf jeden Fall verhindern, dass es zu einer neuen Blockbildung (Bipolarität) kommt. Dabei müsste sich die Welt diesmal zwischen den USA und China entscheiden, da Washington Peking als Hauptgegner betrachte. Xi Jinping könnte die Situation ausnutzen, um Moskau in ein Bündnis zu seinen Bedingungen zu zwingen.

China bestimmt die Preise

Der Krieg hat Russland jedenfalls in eine schlechte Verhandlungsposition gebracht. Ein Blick auf eine Auswertung des Observatory of Economic Complexity (OEC) des vergangenen Jahres zeigt, dass mehr als die Hälfte der russischen Exporte Rohstoffe sind, vor allem Öl und Gas.

Kamil Galeev vom US-amerikanischen Woodrow Wilson Center twittert, da die südlicheren Quellen erschöpft seien, müsse Russland jetzt vor allem in der Arktis fördern, was mit hohen Kosten verbunden sei. "Forbes" schreibt, "das unwirtliche Klima Sibiriens und der relative Mangel an verbindender Infrastruktur bedeuten, dass die Transportkosten für Rohstoffe und andere nicht-lokale Elemente der Wertschöpfungsketten enorm sind und wahrscheinlich unterschätzt wurden."

"Sila Sibiri" sei besonders teuer, da die Auftragnehmer Putins Oligarchen-Freunde Arkadi Romanowitsch Rotenberg und Gennadi Nikolajewitsch Timtschenko gewesen seien, so Galeev. Analysten der Sberbank seien 2018 zu dem Schluss gekommen, dass die alternative Route für die Pipeline fünfmal billiger gewesen wäre. "Chatham House" vermutete dies bereits 2014.

Vor allem aber profitiert China von der Gaspipeline, da es alleiniger Abnehmer ist und daher schon vor dem Ukraine-Krieg die Preise bestimmen konnte. Jetzt, nachdem die Nachfrage aus dem Westen über kurz oder lang einbrechen wird, muss Moskau praktisch jede Kröte schlucken. Das gilt auch für den Handel mit Öl und allen anderen Rohstoffen mit China.

EU für China wirtschaftlich viel wichtiger

Insgesamt gingen 2021 laut OEC nur 11,1 Prozent der russischen Exporte nach China, während alleine die Ausfuhren in die Niederlande (7,5), Deutschland (5,25), Italien (4,65), Polen (3,8) und Finnland (2,62) rund 24 Prozent ausmachten. Laut einer aktuellen Studie des Kieler Instituts für Wirtschaftsforschung (IfW) war die EU im Jahr 2020 für 37,3 Prozent des

russischen Außenhandels verantwortlich, umgekehrt finden aber lediglich 4,8 Prozent des Außenhandels der EU mit Russland statt.

Dem Australian Strategic Policy Institute (ASPI) zufolge landen 70 Prozent der russischen Öl-Exporte in der EU, 18 Prozent in China. 38 Milliarden Kubikmeter russisches Gas fließen jährlich nach China, in die EU zuletzt fünfmal mehr.

Insgesamt 14,6 Prozent der russischen Exporte gehen nach China, während nur 2,8 Prozent der chinesischen Importe aus Russland kamen. Nicht zu unterschätzen sind außerdem die direkten Investitionen in Russland. Nach Angaben des ASPI kamen davon bisher fast ein Viertel aus der EU und gerade mal 1,6 Prozent aus China.

Ohne westliche Technologie läuft in Russland wenig

Für Peking wiederum sind andere Handelspartner weit wichtiger als Russland. Laut World's Top Exports gehen dorthin nur 2 Prozent seiner Exporte. Nummer 1 sind die USA mit 17,5 Prozent, Deutschland kommt auf 3,4 Prozent, zusammen mit den Niederlanden und Großbritannien auf fast 10 Prozent.

Die wichtigsten deutschen Exportgüter nach Russland sind laut Germany Trade & Invest nach Kraftfahrzeugen, Maschinen, Elektrotechnik, chemische Erzeugnisse sowie Mess- und Regeltechnik. Daran sieht man ein anderes Dilemma, dem Russland kaum entweichen kann: Zur Förderung seiner Bodenschätze, aber auch zur Produktion von Gütern für den heimischen Markt ist es auf westliche Technologien angewiesen. Das gilt mit Einschränkungen auch für moderne Waffensysteme.

Huawei als mahnendes Beispiel

Gerade im Hightech-Sektor könnte man meinen, China sei in der Lage einzuspringen. Doch wie das Beispiel Huawei zeigt, ist es vor allem bei der Chip-Produktion von US-amerikanischen Patenten und Know-how abhängig. Das Weiße Haus kündigte bereits Ende Februar an, den Export von Technologie oder mit US-Technologie gebauten ausländischen Waren nach Russland einzuschränken.

"Einige kleine chinesische Firmen, die nicht von US-Vorleistungen abhängig sind, könnten einen Teil der Nachfrage Russlands nach sanktionierter US-Technologie decken", sagte Neil Thomas, China-Analyst der Eurasia Group, CNN. "Aber große chinesische Technologieunternehmen werden vorsichtig sein, um nicht das Schicksal Huaweis zu teilen."

Peking könnte pragmatischer Vermittler sein

Letztendlich hat China durch den Ukraine-Krieg wirtschaftlich kaum etwas zu gewinnen, der IfW-Studie zufolge könnte sich das Realeinkommen in China lediglich um 0,02 Prozent jährlich erhöhen. Umgekehrt hat Peking im Westen viel zu verlieren.

Andererseits möchte es verhindern, dass ein durchaus mögliches Scheitern der Invasion das Ende der Putin-Regierung bedeuten könnte. "Russlands Fall liegt nicht im Interesse Chinas",



sagte der Bonner Sicherheitsexperte Frank Umbach in der Phönix Runde vom 8. März. Aus pragmatischen Gründen liegt es für Xi Jinping daher nahe, eine Vermittlerrolle zu übernehmen. Politikwissenschaftler Thomas Jäger sagte ntv, er gehe davon aus, dass Peking hinter den Kulissen bereits starken Druck auf Moskau ausübe.

-----  
BR24

Russland vor der Pleite? Das wären die Folgen für Deutschland

Russland kommt wegen der Sanktionen nicht an seine im Ausland deponierten Devisen. Deshalb ist fraglich, ob Moskau seine Schulden im Ausland begleichen kann - ein Zahlungsausfall droht. Wie die Staatspleite deutsche Banken und Firmen treffen würde.

Glaukt man der Ratingagentur Fitch, steht Russland aufgrund der vom Westen verhängten Sanktionen unmittelbar vor der Staatspleite. Das ist der Fall bei einem Zahlungsausfall seiner Staatsanleihen und von Bankkrediten und anderen Forderungen der internationalen Staatengemeinschaft. Die nächsten Wochen werden deshalb spannend. Russland muss bis spätestens Mitte April zahlen

Bis Mitte März müsste Russland für Staatsanleihen eigentlich Zinsen bezahlen. Die Frist kann bis maximal Mitte April verlängert werden. Sollte die Russische Föderation bis zu diesem Datum die Zinszahlungen auf seine Anleihen (Kupons) nicht leisten und auch nicht die fälligen Papiere und Kredite mit kurzfristigen Laufzeiten zurückkaufen, spricht man offiziell von einem Ausfall (Default). Die russischen Wertpapiere würden dann mit einem "D" für Default gekennzeichnet und damit wertlos sein.

Bundesbank: Pleite Russlands für deutsche Banken wohl verkraftbar

Aus einer Aufstellung der Bundesbank vom letzten Quartal 2021 geht hervor, dass die russische Föderation Ende Oktober nur für etwa 0,4 Prozent aller Auslandsforderungen deutscher Banken stand. Der Bundesverband deutscher Banken (BdB) legte dieses Datenblatt heute vor, das für Russland einen Nennwert von 7,487 Milliarden ausweist, nach Währungen aufgeteilt in 4,267 Milliarden Euro, 1,435 Milliarden US-Dollar - sowie 1,728 Milliarden Rubel. Die Forderungen in Rubel sind inzwischen allerdings so gut wie wertlos – allein schon wegen der Abwertung der russischen Währung.

Verband: Deutsche Banken haben Forderungen von 7,5 Milliarden

Nach Krediten aufgeteilt ergab sich ein Wert von 7,365 Milliarden Euro, der Großteil 4,697 Milliarden betrifft private Personen (wie Oligarchen) und Unternehmen. Den mit Abstand kleinsten Posten bilden russische Staatsanleihen (vermutlich auf Dollar-Basis), die mit 119 Millionen angegeben sind. Um diese 119 Millionen Dollar würde es bei einem Zahlungsausfall (Default) der russischen Staatsanleihen gehen.

Einschließlich der Auslandsfilialen in Russland beliefen sich die Forderungen deutscher Banken auf rund 7,5 Milliarden Euro im November und zum Ende des Jahres auf sechs Milliarden Euro. Das sei auch schon veröffentlicht worden, wenn auch noch nicht in allen Einzelheiten, schreibt der BdB.

Größere Verluste bei direkten Krediten

Der weitaus größere Teil des Schadens wären für die deutschen Banken nicht die russischen Staatsanleihen, sondern die Kredite, die sich der Aufstellung zufolge auf rund sieben Milliarden Euro summieren. Diese Kredite mussten aber mit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine bereits abgeschrieben werden, weil sie seitdem in hohem Maße ausfallgefährdet sind. Dieses Problem ist also bereits gelöst.

Fazit: Das deutsche Kreditgewerbe hat nur ein sehr geringes Russland-Risiko. Deutsche Unternehmen, die bisher stark in Russland engagiert waren, wie Energie- und Autokonzerne oder Händler, dürften aber deutlich mehr verloren haben als der Bankensektor.

Zu erwarten, dass Russland Auslandsschulden nicht bezahlt

Anders als bei der letzten Pleite von 1998 ist die russische Staatskasse diesmal eigentlich gut gefüllt. Dafür hat Vladimir Putin vor dem Ukraine-Krieg offenbar vorsorgen lassen. Allein Russland kommt an die meisten Gelder nicht mehr ran, weil die westlichen Notenbanken zwei Drittel der russischen Devisenreserven blockiert haben und die Zahlungsströme von russischen Banken und Oligarchen weitgehend versiegt sind.

Es ist daher zu erwarten, dass Russland auch als Reaktion auf diese Sanktionen seine Auslandsschulden nicht mehr bedient und seinerseits versucht, westliche Vermögenswerte einzufrieren. Das ist zum Beispiel bei 500 Flugzeugen von europäischen und amerikanischen Leasingfirmen der Fall.

Ausbleibende Rohstofflieferungen wären für Deutschland brisanter

Russland ist militärisch ein Riese und wirtschaftlich ein Zwerg, spielt aber bei Rohstoffen eine entscheidende Rolle vor allem für Deutschland. So war es für die westlichen Notenbanken vergleichsweise einfach, Moskau von den internationalen Finanzmärkten abzuschneiden, den Rubel und die russischen Banken zu sabotieren. Auch die meisten Unternehmen werden es verkraften, ihr Russlandgeschäft zu beenden.

Entscheidend wäre es jetzt, Putin mit Hilfe eines Ölembargos den Großteil seiner Deviseneinnahmen zu nehmen. Denn die Ölverkäufe sind für ihn noch viel wichtiger als die von Gas, Kohle und anderen Rohstoffen. Bis zur Umstellung auf andere Lieferanten außerhalb Russlands, steht die Weltwirtschaft vor einer harten Bewährungsprobe.

Deutschland von möglichem Energieboykott besonders betroffen

Nicht nur in Deutschland, dessen Industrie von russischer Energie besonders abhängig ist, droht eine Rezession, von der alle Menschen betroffen wären. Auf jeden Fall werden fast

alle Preise stark steigen, weil auch für Handel, Dienstleistungen und die Herstellung von Waren Energie gebraucht wird. Das betrifft auch Agrarprodukte und damit Nahrungsmittel.

Die EU-Kommission hat bereits ehrgeizige Pläne gefasst, um von Russlands Gas und Öl loszukommen. Das Erdgas, das EU-weit noch zu 40 Prozent aus Russland kommt (in Bayern ist es sogar doppelt so viel) soll bis zum Jahresende zu zweit Dritteln auf flüssiges Erdgas LNG von Tankschiffen umgestellt werden. Beim Öl haben die USA einen sofortigen Lieferstopp verhängt, dem sich Großbritannien bis zum Jahresende anschließen will.

## **8. Meldungen zur ukrainischen Wirtschaft**

Der ukrainische Energiekonzern DTEK bietet einen Newsletter an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

**Iryna Zdorevska**, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: [ZdorevskaIV@dtek.com](mailto:ZdorevskaIV@dtek.com), Web: [www.dtek.com](http://www.dtek.com)

## 9. Hilfsaktionen

### #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt die Initiative [#WirtschaftHilft](#) der Spitzenverbände BDA, BDI, DIHK und ZDH, die am 10. März 2022 ins Leben gerufen wurde. Die Internetseite [www.WirtschaftHilft.info](http://www.WirtschaftHilft.info) dient als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende bei der Bewältigung der Folgen des Ukraine-Kriegs. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu folgenden Themen:

- Hinweise zu bedarfsgerechtem Spenden;
- Unterstützung für deutsche Unternehmen;
- Sicherung des Geschäftsbetriebs und Auswirkungen auf Beschäftigungsverhältnisse sowie
- vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten.

Im Rahmen der Initiative [#WirtschaftHilft](#) veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich. Bitte finden Sie die Webseite [hier](#).

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an [Stefan Kägebein](#) und [Petya Hristova](#).

-----

### Jobbörse

#### Aufruf des Ost-Ausschusses zu Jobangeboten für ukrainische Flüchtlinge in den Nachbarländern

viele Unternehmen bieten Arbeitnehmern, die aus der Ukraine fliehen mussten, bereits jetzt Jobmöglichkeiten an oder möchten dies tun.

Der Ost-Ausschuss unterstützt aktuell die Entwicklung einer Website, auf der Arbeitgeber Jobmöglichkeiten anbieten und Arbeitssuchende aus der Ukraine sich mit Ihren Arbeitserfahrungen registrieren können. Diese Website ist für die DACH-Region und die Anrainerstaaten der Ukraine gedacht.

Weitere Informationen finden Sie hier: <https://jobs.gu-dp.com/jobs>.

Wir hoffen auf Ihre breite Unterstützung. Bitte teilen Sie diese Info über die sozialen Netzwerke mit Ihren Arbeitskollegen, Geschäftspartnern und Freunden.

Bei Rückfragen und Anregungen zur Optimierung der Seite stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung. Hier unsere Ansprechpartner für weitere Fragen:

Stefan Kägebein  
Task-Force Ukraine  
Regionaldirektor Osteuropa  
[s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de)

Adrian Stadnicki  
Koordinationstelle für Geflüchtete aus der Ukraine  
Regionaldirektor Mittelosteuropa  
[a.stadnicki@oa-ev.de](mailto:a.stadnicki@oa-ev.de)

---

## Lebensmittel

**BMEL:** Der Aufbau der Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine läuft auf Hochtouren. Das Ministerium erstellt gerade Funktionsadressen, weitere Personalstellen sowie eine Internetseite, die spätestens Anfang nächster Woche verfügbar sein wird. Auch in der Aufbauphase dieser Plattform sind wir bereits aktiv und unterstützen nach Kräften einen effizienten Ablauf der ersten Hilfslieferungen. Sie können die Koordinierungsstelle kontaktieren unter: E-Mail: [info@lebensmittelhilfe-ukraine.de](mailto:info@lebensmittelhilfe-ukraine.de). Die Telefonnummern werden in Kürze eingerichtet.

## Medizinische Güter

Vorliegende Bedarfslisten der UA Seite wurden an die German Health Alliance weitergeleitet. Unternehmen können auf Grundlage dieser Liste lieferbare Produkte an die Ukrainische Botschaft in Berlin weiterleiten. Dort unterstützt man dann mit Logistik bis zur PL Grenze und in der Ukraine.

**Kontakt:** Petya Hristova, [P.Hristova@oa-ev.de](mailto:P.Hristova@oa-ev.de); Stefan Kägebein, [S.Kaegebein@oa-ev.de](mailto:S.Kaegebein@oa-ev.de)

---

## Medizinische Güter

### SPENDENAUFTRUF

#### Hilfe für die Bevölkerung der Ukraine / Koordinierte Vorgehensweise der Verbände der Arzneimittel- und Medizinprodukteindustrie sowie des Pharmazeutischen Großhandels

Mit großer Betroffenheit sehen wir das durch den russischen Angriffskrieg verursachte Leiden der Bevölkerung in der Ukraine. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in privaten Hilfsprojekten, die es deutschlandweit gibt. Dies begrüßen wir sehr, und diese sollen auch weiter unterstützt werden.

Aufgrund des absehbaren großen Bedarfs an medizinischen Gütern aller Art erreichten uns allerdings zahlreiche Anfragen von Mitgliedsunternehmen, ob die Verbände die humanitäre Hilfe koordinieren können, um den Menschen im Kriegsgebiet bestmöglich zu helfen. **Hierzu haben sich die Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels in den letzten Tagen abgestimmt und bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an.** Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen.

Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

Um eine schnelle und effiziente Hilfe für die Menschen in der Ukraine zu gewährleisten, haben die Verbände die folgende Vorgehensweise abgestimmt:

Von Seiten der Ukraine wurde der Europäischen Kommission eine Liste benötigter medizinischer Güter zur Verfügung gestellt, die die Grundlage für Spenden sein sollte. Der Verband des pharmazeutischen Großhandels hat diese Liste mit den Pharmazentralnummern (PZN) der benötigten Arzneimittel und Medizinprodukte verknüpft und aktualisiert diese regelmäßig.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: [ukraine@medeor.de](mailto:ukraine@medeor.de)).

Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

---

## **Energiewirtschaft**

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

---

## **Ukrainische Regierung**

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hier:  
[iwanttohelpukrainians@gmail.com](mailto:iwanttohelpukrainians@gmail.com)

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier: [@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

---

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

## **Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!**

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:  
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,  
BIC: BFSWDE33XXX  
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00  
Bank für Sozialwirtschaft  
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)



**Rotary hilft.**



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

- 1. Country -**
- 2. Name -**
- 3. City/town -**
- 4. Phone number (für WhatsApp?) -**
- 5. Amount of people I can host -**
- 6. For how long I can host -**
- 7. What I can offer in addition -**

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

**Weitere Links von Initiativen:**

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

[Gastfreundschaft Ukraine | elinor.network](#)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](#)

**Andreas Metz**

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

**German Eastern Business Association**

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

